



# Schrittmacher

Zeitung der DKP Berlin für die Charité- & Vivantes-Beschäftigten **Dezember 2018**



✦ **Mit einem bundesweiten Aktionstag machten am 22./23. Oktober zahlreiche Beschäftigte auf die Personalnot in deutschen Krankenhäusern aufmerksam. Würden die Schichten personell so besetzt werden, wie es für eine gute und sichere Versorgung der Patienten notwendig ist, wäre dafür gemäß einer Berechnung der Gewerkschaft Verdi seit dem 23. Oktober und bis zum Jahresende kein Personal mehr vorhanden. Unterschiede zwischen den Trägerformen und Regionen gibt es kaum. Nur weil Pflegekräfte ihre Patienten nicht im Stich lassen, einspringen, obwohl sie eigentlich dienstfrei haben, bricht die Versorgung der Patienten nicht**

**zusammen. So wurden im Jahre 2016 etwa 60 Prozent der Pflegekräfte ein- bis zweimal, 29 Prozent mehr als dreimal und 7,5 Prozent gar mehr als fünfmal im Monat während ihrer Freizeit zum Dienst gerufen. Nur 4 Prozent der Beschäftigten betraf das nie. Das ergab eine Erhebung des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe.** Pflegekräfte arbeiten regelmäßig am Limit. Der vorgezogene „Pflegesilvester“ sollte genau darauf hinweisen. Auch auf dem Hermannplatz in Berlin Neukölln wurde Silvester vorverlegt. Das „Berliner Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ hatte zur Feier geladen und zahlreich wurde dieser gefolgt. Mit peppigen, selbst

➔ **Fortsetzung auf Seite 2**



**CHARITÉ:**  
Therapeuten und  
Anmeldekräfte streiken für  
Tarifvertrag

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Dieser Grundsatz gilt an der Charité schon länger nicht mehr. Beschäftigte der Tochtergesellschaft Charité Physiotherapie- und Präventionszentrum GmbH (CPPZ) erhalten nach wie vor deutlich weniger Lohn und weniger Urlaub als ihre direkt bei der Charité beschäftigten Kollegen. Nicht wenige von ihnen suchen sich deshalb einen neuen Job, was den Arbeitsdruck auf die verbliebenen Kollegen noch weiter erhöht (wir berichteten). Das muss ein Ende haben! Für gleiche Arbeit soll auch der gleiche Lohn gezahlt werden und so fordern die Therapeuten einen Tarifvertrag, ein Ende grundloser Befristung und prekärer Beschäftigung und die bereits im Koalitionsvertrag angekündigte Rückführung in den Mutterkonzern Charité. Zur Unterstützung ihrer Forderungen folgten auf einen erfolgreichen Warnstreik am 16. November weitere Streiktage am 19. und 20. November.



### MÜLLER WILL ENGERE ZUSAMMENARBEIT VON CHARITE UND VIVANTES

Berlins Regierender Bürgermeister Müller wird von Visionen geplagt: Berlin soll durch mehr Digitalisierung seine Position als Gesundheitswirtschaftsstandort ausbauen. Eine Reise nach Australien hatte ihn in der Frage so beflügelt, dass er noch auf dem Rückflug eine Arbeitsbesprechung dazu durchführte.

Denn in nächster Zeit soll es im Berliner Gesundheitswesen große Veränderungen geben. Charite und Vivantes sollen enger zusammen arbeiten, beide Häuser ein gemeinsames Computerprogramm nutzen. So soll es für Patienten leichter werden, von der Charité zu Vivantes und umgekehrt zu wechseln. Befunde, Röntgenbilder und Diagnosen sollen dann an jedem Standort digital abgerufen werden können.

Ziel soll eine Kostenersparnis und eine angeblich bessere Patientenversorgung sein. Dass es in der BRD für eine umfangreiche gemeinsame Datennutzung keine entsprechende Rechtsgrundlage gibt, scheint Müller nicht zu stören. Geplant sind auch neue Schwerpunkte: Die technische Forschung soll zukünftig bei Siemens, medizinische Forschung bei der Charité und eine Versorgung in der Fläche bei Vivantes liegen.

Erst mal würde das „Digitalisierungsprojekt“, das viel Geld sparen helfen soll, viel Geld kosten. Wer dafür die Zeche zahlt, dürfte klar sein: das Personal, bei dem man dann die Kosten einspart.

## MIT VERLÄSSLICHEN ARBEITSZEITEN, GARANTIERTEN PAUSEN, WERTSCHÄTZUNG DER ARBEIT UND EINER ANGEMESSENEN BEZAHLUNG WÄRE SCHON VIEL GEWONNEN.

### » Fortsetzung von Seite 1

getexteten Liedern zum Thema Pflege, kurzen Berichten von Pflegekräften aus verschiedenen Krankenhäusern machten die vorwiegend jungen Pflegekräfte auf den chronischen Personalmangel in Berliner Krankenhäusern aufmerksam. Sie treten ein für bessere Arbeitsbedingungen und verbindliche gesetzliche Personalvorgaben. Die im Oktober im Rahmen der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung durch Gesundheitsminister Spahn festgesetzten Personaluntergrenzen (maximale Anzahl von Patienten pro Pflegekraft) für vier so genannte pflegesensitive Krankenhausbereiche - Intensivmedizin, Geriatrie, Kardiologie und Unfallchirurgie - reichen dafür nicht aus. Davon abgesehen, dass Empfehlungen von Fachgesellschaften untergraben wurden, hat der Druck von Klinikbetreibern dazu geführt, dass die Anzahl der Patienten pro Pflegekraft vor Verabschiedung der Verordnung nochmal erhöht wurde. Kritikwürdig ist auch, dass Krankenhäuser die Untergrenzen nur im monatlichen Durchschnitt einhalten müssen. Halten sich die Krankenhäuser nicht an die Vorgaben, drohen Vergütungsabschläge. Da mehr als 61 Prozent der Gesamtkosten eines Krankenhauses Personalkosten (Stat. Bundesamt 2016) sind, ist leicht zu ahnen, wo und bei wem in solch einem Fall das Geld gekürzt wird. Bessere Arbeitsbedingungen für das bereits vorhandene Personal sind kurzfristig umsetzbar. Mit verlässlichen Arbeitszeiten, garantierten Pausen, Wertschätzung der Arbeit und einer angemessenen Bezahlung wäre schon viel gewonnen. Darum könnten sich die Arbeitgeber kümmern. Doch

solange es sich lohnt, am Personal zu sparen, um den Profit zu erhöhen, solange Krankenhäuser wie Fabriken geführt werden und der kapitalistischen Verwertungslogik unterliegen, sind kaum echte Verbesserungen zu erwarten. Krankenhäuser und auch Pflegeheime gehören in die öffentliche Hand und nicht in die von Konzernen.



### AUFRUF AN DIE SCHRITTMACHER- LESERSCHAFT

**Liebe Leserin,  
lieber Leser,**

seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der alle 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei  
Landesorganisation Berlin  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
**Tel.:** 030.29783132  
Büroöffnungszeiten:  
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr  
**Mail:** info@dkp-berlin.info

*Eure Schrittmacher-Redaktion*



GESUNDHEIT INTERNATIONAL  
**GEFÄHRDET DIE  
 GESUNDHEIT ...**

✦ **Noch ist Bolsonaro nicht im Amt. Der Faschist, der am 1. Januar Präsident Brasiliens werden wird, sorgt trotzdem schon jetzt dafür, soziale Errungenschaften der vergangenen Jahre zu beseitigen. Seit Jahrzehnten arbeiten kubanische Ärzte daran, Menschen in der ganzen Welt medizinisch zu versorgen – im Moment in 67 Ländern. Nun plötzlich behauptet Jair Bolsonaro, es sei nötig zu überprüfen, ob diese Menschen auch die nötige medizinische Qualifikation hätten. Die solidarische Hilfe der Ärzte ist Politik der kubanischen Regierung. Bolsonaro ist der Meinung, die kubanischen Ärzte sollen nur über individuelle Verträge nach Brasilien dürfen, nicht über einen Vertrag mit der kubanischen Regierung. Und er beschwert sich, dass ein Teil des Geldes, das Brasilien für die kubanische Hilfe zahlt, nicht ins Portemonnaie der Ärzte selbst, sondern an den kubanischen Staat geht – weil damit die kubanische Diktatur unterstützt werde.**

Es gibt viele Gründe, die alten brasilianischen Regierungen unter der Arbeiterpartei zu kritisieren. Trotzdem: Lula und Rousseff haben eine Reihe sozialer Verbesserungen durchgesetzt. Bolsonaro gibt sich als Saubermann im Kampf gegen Korruption und Kriminalität, er

wird der Präsident des großen Kapitals sein. Die Provokation, mit der er die kubanischen Ärzte aus dem Land getrieben hat, ist ein Vorgeschmack darauf, was in ein paar Jahren von den sozialen Errungenschaften übrig sein wird. Wenn Kuba seine Ärzte ins Ausland schickt, um in Afrika gegen Ebola und in Haiti gegen Cholera zu kämpfen, trägt in den meisten Fällen der kubanische Staat die Kosten, genauso, wie kubanische Universitäten kostenlos Studierende aus anderen Ländern zu Ärzten ausbilden. Das ist die Solidarität eines sozialistischen Staates mit armen, vom Imperialismus ausgebeuteten Ländern. Der brasilianische Staat ist nicht arm, er hat mit Kuba vereinbart, für den Einsatz der Kubaner zu bezahlen. Das hat für fünf Jahre den Patienten in brasilianischen Favelas und den Finanzen Kubas genutzt – einer der Wege, mit dem Kuba durch die lateinamerikanische Integration die Folgen der US-Blockade abschwächen konnte. Es gibt keinen Unterschied zwischen den Interessen der Armen Brasiliens und denen der kubanischen Revolution – Bolsonaro schadet beiden.

*Olaf Matthes zu Bolsonaros Provokation gegen Kuba  
 Wochenzeitung „Unsere Zeit“, Ausgabe vom 23. November 2018*



**„DER MARKTGERECHTE  
 PATIENT“**  
 – EIN FILM ÜBER ZUSTÄNDE  
 IN DEUTSCHEN  
 KRANKENHÄUSERN

Seit 2003 werden Krankenhäuser über Fallpauschalen finanziert. Zwischen den Krankenhäusern sollte so ein fairer Wettbewerb entstehen. Für die Patienten wurde eine hohe Versorgungsqualität zu günstigen Preisen erwartet. Die Realität sieht anders aus. Patienten werden dem Prinzip der Profitmaximierung untergeordnet - und das in einer Situation, in der sie besonders verletzlich und hilfebedürftig sind. Entscheidungen für Behandlungen und Operationen werden nicht mehr in erster Linie nach medizinischer Notwendigkeit gefällt, sondern nach ökonomischen Erwägungen. Mit geringstmöglichem Aufwand soll so viel wie möglich aus dem Patienten rausgeholt werden. Nicht was der Patient braucht steht im Vordergrund, sondern was er finanziell einbringt. Der Film „Der marktgerechte Patient“ zeigt die Folgen einer solchen auf Profit orientierten Gesundheitspolitik in Deutschland auf seiner Tour, die die Filmemacher nach München, Hamburg und Berlin führt. Ärzte, Pflegepersonal, Patienten und Angehörige kommen zu Wort, berichten von den unhaltbaren Zuständen in einigen Krankenhäusern. Prädikat: sehenswert, allerdings nicht frei von Nebenwirkungen. Weitere Informationen unter [www.der-marktgerechte-patient.org](http://www.der-marktgerechte-patient.org).

Nächster Termin: 06.12., 17.30 Uhr Union Filmtheater, Bölsche Str. 69, 12587 Friedrichshagen

**XXIV. INTERNATIONALE  
ROSA-LUXEMBURG-  
KONFERENZ :**

SOZIALISMUS ODER  
BARBAREI.  
DIE NÄCHSTE KRISE. DER  
NÄCHSTE KRIEG.  
DIE NÄCHSTE REVOLUTION

Dass die XXIV. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz eine ganz besondere sein wird, steht seit langem fest. Nicht nur, weil der 100. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ansteht – sondern auch, weil der Imperialismus mittlerweile wieder ungehemmt seine alles bestimmende Profitlogik ausleben kann.

Am Ende des Jahres 2018 verstärken sich international und innerhalb der BRD politische und wirtschaftliche Unsicherheit. Nationalistische und neofaschistische Kräfte treten offen auf und erringen Machtpositionen. Immer schneller werden die natürlichen Lebensgrundlagen im Zeichen des Profits zerstört.

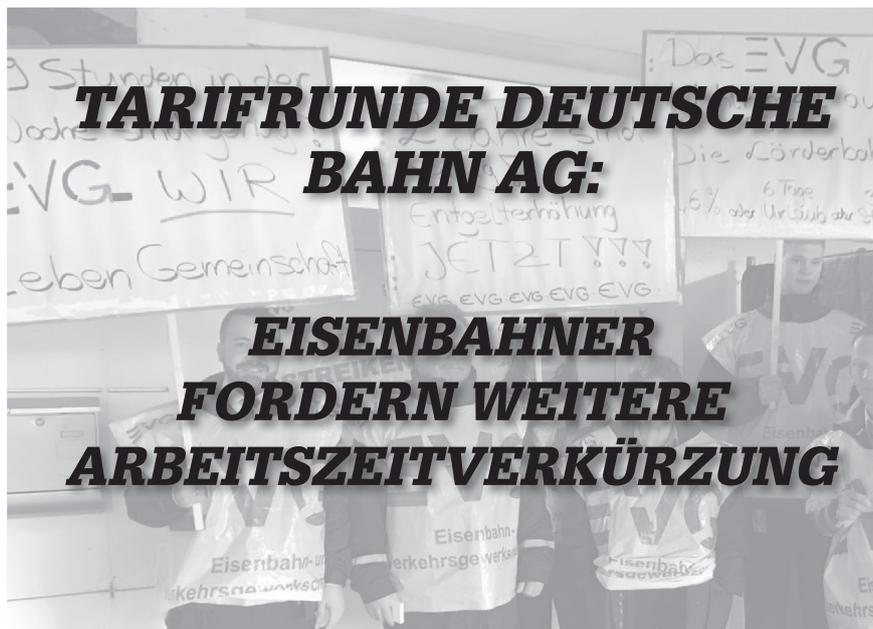
Also Themen für die Debatten auf der Konferenz.

Sonnabend, 12. Januar 2019  
Mercure Hotel MOA, Stephan-  
straße 41, 10559 Berlin

Weitere Infos:  
<https://www.rosa-luxemburg-konferenz.de/de/konferenz-2019>



**Kontakt & Impressum:**  
Deutsche Kommunistische Partei  
Landesorganisation Berlin  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin  
**Tel.:** 030.29783132  
**Mail:** info@dkp-berlin.info  
**Web:** www.dkp-berlin.info  
V.i.S.d.P.: R. Perschewski,  
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



✚ Unter der Überschrift „Mehr für alle“ hat die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) ihre Tarifrunde für gut 200.000 Bahnbeschäftigte gestellt. Die Aufstellung der Forderungen erfolgte über einen längeren Zeitraum mit zahlreichen Konferenzen, Workshops, einer Mitgliederbefragung und offenen Sitzungen der Tarifkommission der Gewerkschaft. Herausgekommen sind, neben über 30 Einzelforderungen, Forderungen nach einem höherem Entgelt, einem Wahlmodell mit mehr Urlaub oder Wochenarbeitszeitverkürzung und einer höheren betrieblichen Altersvorsorge. Insbesondere mit dem Wahlmodell hat die EVG schon vor zwei Jahren neuen Schwung in die Diskussion um Arbeitszeitverkürzung (AZV) gebracht. Damals hatte die EVG eine Stunde Wochenarbeitszeitverkürzung bzw. sechs Tage mehr Urlaub durchgesetzt und genau hier, so haben die Mitglieder es gefordert, soll in dieser Tarifrunde angeschlossen werden: Eine weitere Stunde Wochenarbeitszeitverkürzung oder weitere sechs Tage mehr Urlaub. Mehr freie Zeit ist die Antwort auf die Arbeitsverdichtung der vergangenen Jahre. Der DB-Konzern steht unter Druck und versucht derzeit, tausende neue Fachkräfte zu werben. Die Ausbildung soll nach dem Willen der EVG deutlich attraktiver werden: Neben Mietzuschüssen und mehr Urlaub wird über alle Bahngesellschaften eine Mindesthöhung von 150 Euro für die Azubis gefordert.

**Kreative Aktionen zur Unterstützung**

Die ersten drei Verhandlungsrunden begleiteten die EisenbahnerInnen bereits mit zahlreichen kreativen Aktionen. So gab es einen „Tag des Lärms“ an dem Zeitgleich an rund 200 Standorten für die Forderungen demonstriert wurde. In Berlin zogen Eisenbahner mit Trommeln und Tröten durch den Berliner Hauptbahnhof und an den Bahngebäuden am Nordbahnhof vorbei und anschließend zum Verhandlungsort in einem Berliner Hotel. Als der Arbeitgeberverband den nächsten Verhandlungsort in Halle ansetzte, wurde das Hotel überschwemmt mit über 12.000 Postkarten und zahlreichen Plakaten und Transparenten, die den Verhandlungsführern der Gegenseite überreicht wurden. Derzeit wird die nächste und entscheidende Verhandlungsrunde in Hannover in der zweiten Dezemberwoche vorbereitet. Die Eisenbahner erhöhen den Druck und machen deutlich: Sie können mehr als Lärm! Bereits im Sommer wurden bundesweit Streikschulungen durchgeführt. Die Aktionen und Forderungen der EisenbahnerInnen sind der richtige Schritt in dieser Zeit. Nur über Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Personalausgleich kann der gestiegenen Belastung der Beschäftigten entgegengewirkt werden.